# Vergabeverfahren

**Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb**

**nach GWB und VSVgV**

# „Planung Industriebau"

# für das Projekt

# „Aufbau Kompetenzzentrum KETTE (St. Wendel)"

# Teilnahmeantrag

| | |
|---|---|
| Vergabenummer: | **26E09301/05** |
| Auftraggeber: | Bundesrepublik Deutschland |
| vertreten durch: | das Bundesministerium der Verteidigung, dieses vertreten durch das Referat OBB23 – Bundesbau – im Ministerium für Inneres, Bauen und Sport Saarland, dieses vertreten durch das Landesverwaltungsamt – Staatliche Hochbaubehörde |
| Vergabestelle: | Landesverwaltungsamt<br>Staatliche Hochbaubehörde<br>Hardenbergstraße 6<br>66119 Saarbrücken<br>Deutschland |

**A. VORBEMERKUNGEN ... 3**
**I. BEARBEITUNG UND ABGABE DES TEILNAHMEANTRAGS ... 3**
**II. NUTZUNG DER VERGABEPLATTFORM ... 3**
**III. VERSCHLÜSSELUNG DER VERGABEUNTERLAGE „BAUHERRENPROGRAMM" NEBST ANLAGEN / ZUGANG UND NUTZUNG DER ENTSCHLÜSSELUNGSSOFTWARE ... 4**
**IV. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN / UNTERAUFTRÄGE / EIGNUNGSLEIHE ... 5**
1. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN ... 5
2. EIGNUNGSLEIHE ... 6
3. UNTERAUFTRAGNEHMER (AUSSERHALB DER EIGNUNGSLEIHE) ... 6
**V. VERWEIS AUF DIE VERGABEUNTERLAGE *„LEITFADEN"* ... 7**
**B. ANTRAG ZUR TEILNAHME ... 8**
**1. Angaben zum Bewerber/zur Bewerbergemeinschaft ... 8**
**2. Ansprechpartner/in ... 8**
**3. Erklärung zu kleinerem oder mittlerem Unternehmen (KMU) ... 9**
**4. Angaben zu Ausschlussgründen nach §§ 123 ff. GWB, §§ 23 ff. VSVgV ... 9**
4.1. Angaben zu Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 3 GWB, § 23 VSVgV ... 9
4.2. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB, § 23 VSVgV ... 10
4.3. Angaben zu Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB, § 24 VSVgV ... 11
4.4. Angaben zu Maßnahmen nach § 125 GWB (nur falls einschlägig) ... 12
4.5. Angaben zur Sanktionsverordnung ... 14
**5. Erklärung zur Geheimhaltung und zum Arbeiten in militärisch genutzten Liegenschaften ... 15**
**6. Eignungskriterien (Mindestanforderungen) ... 17**
6.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung § 25 VSVgV i.V.m. § 122 GWB ... 17
6.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit § 26 VSVgV i. V. m. § 122 GWB 18
6.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit § 27 VSVgV i. V. m. § 122 GWB ... 19
**7. Weitere Angaben des Bewerbers ... 21**
**8. Beigefügte Unterlagen (Anlagen) zum Teilnahmeantrag ... 22**
**9. Bestätigung, fortgeschrittene elektronische Signatur / qualifizierte elektronische Signatur ... 22**

# A. VORBEMERKUNGEN

## I. BEARBEITUNG UND ABGABE DES TEILNAHMEANTRAGS

Der Teilnahmeantrag ist innerhalb der Teilnahmefrist vollständig ausgefüllt einzureichen. Die Einreichung bei VSVgV-Verfahren hat mit elektronischer fortgeschrittener elektronischer (FES) oder elektronischer qualifizierter elektronischer Signatur (QES) zu erfolgen. Es sind zur Signatur Vor- und Nachname desjenigen zu nennen, dem die Signatur zugehörig ist. Es gelten im Einzelfall die in der Auftragsbekanntmachung sowie in der Vergabeunterlage **Leitfaden** getroffenen Bestimmungen.

Teilnahmeanträge, die nicht den Formvorschriften entsprechen, werden ausgeschlossen. Unvollständig ausgefüllte Teilnahmeanträge können zum Ausschluss führen (ein Anspruch der Bewerber auf Nachforderung von Unterlagen besteht nicht). Änderungen und Erweiterungen in den vorgegebenen Texten sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss.

Die einschlägigen Kästchen sind von den Bewerbern zu aktivieren und die einschlägigen Textfelder auszufüllen.

## II. NUTZUNG DER VERGABEPLATTFORM

Im Rahmen des gesamten Vergabeverfahrens ist ausschließlich die Vergabeplattform unter

https://dtvp.de/

zu nutzen. Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen **ausschließlich elektronisch** über die Vergabeplattform zu übermitteln (§ 19 VSVgV). Dies gilt neben der Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote auch für sämtliche Kommunikation der Bewerber/Bieter mit der Vergabestelle (z. B. Bieterfragen).

Auch die Vergabestelle wird ausschließlich die Vergabeplattform nutzen. Erklärungen gegenüber den Bewerbern/Bietern sowie Informationen zum Vergabeverfahren finden demnach ausschließlich über die Vergabeplattform statt.

**Eine anderweitige Übermittlung des Teilnahmeantrags und der Angebote** (z.B. per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail), fernschriftlich**) ist nicht zugelassen**. Der Teilnahmeantrag und die Angebote müssen vollständig sein. Für den Teilnahmeantrag und die Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Formblätter zu verwenden.

Zur Teilnahme am Verfahren müssen sich alle interessierten Teilnehmer demnach auf der Vergabeplattform **registrieren**. Es ist zu beachten, dass an die bei der Registrierung hinterlegte E-Mail-Adresse die gesamte Kommunikation des Vergabeverfahrens gerichtet sein wird.

Der Auftraggeber stellt die Unterlagen ausschließlich über die Vergabeplattform in den betreffenden Reitern zur Verfügung.

## III. VERSCHLÜSSELUNG DER VERGABEUNTERLAGE „BAUHERRENPROGRAMM" NEBST ANLAGEN / ZUGANG UND NUTZUNG DER ENTSCHLÜSSELUNGSSOFTWARE

**Es handelt sich um einen verteidigungsspezifischen öffentlichen Auftrag im Sinne des § 104 Abs. 1 Nr. 3 GWB**. Aus diesem Grunde wird die Vergabeunterlage

- Bauherrenprogramm (nebst Anlagen)

nur denjenigen Bewerbern zur Verfügung gestellt, die nach Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden:

Das Bauherrenprogramm (nebst Anlagen) steht demnach erst mit Beginn der 2. Phase des Vergabeverfahrens (Verhandlungs-/Angebotsphase) in verschlüsselter Form zur Verfügung.

Um die verschlüsselte Vergabeunterlage **Bauherrenprogramm (nebst Anlagen)** entschlüsseln zu können, haben die an den ausgeschriebenen Leistungen interessierten Unternehmen die Vergabeunterlage **VS-NfD-Erklärung** herunterzuladen, auszudrucken, vollständig auszufüllen und durch die verantwortliche Person zu unterschreiben und diese unterschriebene Vergabeunterlage im Original postalisch zu versenden an:

Landesverwaltungsamt
Staatliche Hochbaubehörde
Vergabestelle

Hardenbergstraße 6
66119 Saarbrücken

Nach Eingang der unterschriebenen Vergabeunterlage **VS-NfD-Erklärung** im Original bei der o.g. Stelle erhält das am Auftrag interessierte Unternehmen das zur Entschlüsselung der Vergabeunterlage **Bauherrenprogramm (nebst Anlagen)** erforderlich Passwort per Post an die Firmenanschrift der in der Vergabeunterlage **VS-NfD-Erklärung** benannten, zuständigen Person. Mit diesem Passwort kann die verschlüsselten Vergabeunterlage **Bauherrenprogramm (nebst Anlagen)** entschlüsselt werden. Es ist deshalb wichtig, dass in der Vergabeunterlage **VS-NfD-Erklärung** die korrekte Firmenanschrift der zuständigen Person genannt ist, an welcher diese berufsansässig ist (ggfs. Anschrift der entsprechenden Niederlassung des Bewerbers).

Eine Anleitung zur Entschlüsselung ist der Vergabeunterlage **Kurzanleitung KLEOPATRA** zu entnehmen.

## IV. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN / UNTERAUFTRÄGE / EIGNUNGSLEIHE

Erfolgt die Bildung einer Bewerbergemeinschaft bzw. der Einsatz von Unterauftragnehmern (auch *„Nachunternehmer"* genannt) im Zuge der Eignungsleihe nach § 27 Abs. 4 VSVgV, sind diese als Einheit zu betrachten und unterliegen den gleichen Wertungskriterien wie ein einzelner Bewerber, d.h. es kommt hinsichtlich der geforderten Leistungsfähigkeit auf die Gesamtkapazität der Bewerbung an.

### 1. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN

Bewerbergemeinschaften haben mit dem **Teilnahmeantrag** eine Erklärung aller Mitglieder einzureichen,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften,
- in der die nach diesem Teilnahmeantrag erforderlichen Eigenerklärungen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abgegeben werden.

Für diese Erklärung ist ausschließlich die Vergabeunterlage **Bewerbergemeinschaftserklärung** zu nutzen.

Die Vergabeunterlage **Bewerbergemeinschaftserklärung** ist vollständig auszufüllen und von einem gesetzlichen Vertreter des jeweiligen Unternehmens (Mitglieds der Bewerbergemeinschaft) mit einer (FES) oder (QES) zu versehen und einzureichen. Es ist sowohl möglich die Vergabeunterlage **Bewerbergemeinschaftserklärung** nur einmal und damit für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft insgesamt abzugeben, wobei dann auf der Vergabeunterlage sämtliche (FES) oder (QES) aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft enthalten sein müssen, als auch die Vergabeunterlage **Bewerbergemeinschaftserklärung** für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Zudem ist durch alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die Vergabeunterlage **Anlage zur Bewerbergemeinschaft** vollständig auszufüllen und jeweils mit einer FES oder QES zu versehen und abzugeben.

## 2. EIGNUNGSLEIHE

Beabsichtigt ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft Teile der geforderten Eignung über einen von ihm/ihr für den Auftrag beauftragten Unterauftragnehmer nachzuweisen (Eignungsleihe nach § 27 Abs. 4 VSVgV), ist mit dem Teilnahmeantrag die Vergabeunterlage **Eignungsleihe**, die von dem entsprechenden Unterauftragnehmer komplett auszufüllen und mit einer FES oder QES zu versehen ist, einzureichen und die darin genannten Nachweise des Unterauftragnehmers beizufügen.

## 3. UNTERAUFTRAGNEHMER (AUSSERHALB DER EIGNUNGSLEIHE)

Beabsichtigt ein Bewerber Teile der Leistung von Unterauftragsnehmern (sog. *„Nachunternehmern"*) ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag Art und Umfang der durch Unterauftragsnehmer auszuführenden Leistungen nicht angeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag noch nicht benennen, sofern es sich nicht um eine Eignungsleihe handelt.

Unterauftragnehmer außerhalb der Eignungsleihe sind für das Vergabeverfahren demnach nicht zu binden.

## V. VERWEIS AUF DIE VERGABEUNTERLAGE *„LEITFADEN"*

Weitere Hinweise zum Teilnahmeantrag finden sich in der Vergabeunterlage **Leitfaden**.

## B. ANTRAG ZUR TEILNAHME

### 1. Angaben zum Bewerber/zur Bewerbergemeinschaft

*Ich/wir,*

| | |
|---|---|
| Name des Bewerbers / Bezeichnung der Bewerbergemeinschaft: | |

Anschrift (bei Bewerbergemeinschaften: des vertretungsberechtigten Mitglieds):

| | |
|---|---|
| Straße, Hausnr. | |
| PLZ, Stadt | |
| Staat | |
| Jahr der Bürogründung | |
| Rechtsform | |
| Geschäftsführer/in - Vorstand | |

*, bewerbe(n) mich/uns hiermit in dem Vergabeverfahren*

***„Aufbau Kompetenzzentrum Kette (St. Wendel) - Planung Industriebau"***

| | |
|---|---|
| ☐ | *als Einzelbewerber (ohne Eignungsleihe).* |
| ☐ | *als Einzelbewerber (mit Eignungsleihe)* |
| ☐ | *als Bewerbergemeinschaft.* |

### 2. Ansprechpartner/in

*Für ergänzende Fragen benenne(n) ich/wir folgenden Ansprechpartner (w/m/d):*

| | |
|---|---|
| Name des Ansprechpartners (bei Bewerbergemeinschaften nebst Benennung des einschlägigen Mitglieds der Bewerbergemeinschaft) | |

| | |
|---|---|
| Position im Unternehmen | |
| Telefonnummer | |
| E-Mail-Adresse | |

### 3. Erklärung zu kleinerem oder mittlerem Unternehmen (KMU)

☐ Ich bin/Wir sind ein kleines oder mittleres Unternehmen – KMU (< 250 Beschäftigte **und** ≤ 50 Mio. Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio. Jahresbilanzsumme).

☐ Als Bewerbergemeinschaft sind wir als KMU anzusehen, weil der überwiegende Teil des Auftrags von dem Mitglied der Bewerbergemeinschaft erbracht wird, das ein KMU ist.

### 4. Angaben zu Ausschlussgründen nach §§ 123 ff. GWB, §§ 23 ff. VSVgV

### 4.1. Angaben zu Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 3 GWB, § 23 VSVgV

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass keine Person aus meinem/unserem Unternehmen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen); § 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen); § 129 b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 1 08e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Ab- geordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels)

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung

Der Ausschreibende kann für Bewerber, die zur Abgabe eines Angebotes in Betracht kommen, entsprechende Auszüge aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

### 4.2. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB, § 23 VSVgV

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Oder

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in Folge einer rechtskräftigen Gerichts- oder bestandskräftigen Verwaltungsentscheidung mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet habe/haben.

### 4.3. Angaben zu Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB, § 24 VSVgV

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass folgende Ausschlussgründe nicht vorliegen:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
    a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
    b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
    c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

### 4.4. Angaben zu Maßnahmen nach § 125 GWB (nur falls einschlägig)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass bei mir/uns nachfolgende Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, §§ 23, 24 VSVgV vorliegen:

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir aufgrund der o.g. Ausschlussgründe folgende Maßnahmen im Sinne des § 125 GWB getroffen haben (sog. *„Selbstreinigung"*) und fügen unserem Teilnahmeantrag die entsprechenden Nachweise Dritter hierzu bei:

### 4.5. Angaben zur Sanktionsverordnung

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014[1] in der Fassung des Art. A Ziff. 15 der Verordnung (EU)) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift durch

a) die russische Staatsangehörigkeit[2] des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
b) die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
c) das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft

aufweise/n gehöre/n.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Personen/Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Perso-

[1] Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.
[2] Betrifft nur den Fall der Bewerbung einer natürlichen Person, nicht den Fall der russischen Staatsangehörigkeit eines Mitarbeiters oder auch des Führungspersonals eines Unternehmens.

nen/Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der im vorherigen Absatz genannten Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

☐ Ich/wir bestätige/n und stelle/n sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Personen/Unternehmen als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Personen/Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, eingesetzt werden, die der obigen Vorschrift unterfallen/unterfällt und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Hinweise zu den Angaben zu den Auschlussgründen**

Teilnahmeanträge, welche die in dieser Ziff. 4 verlangten Erklärungen (einschließlich der gesondert durch die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe durch die eignungsverleihenden Unternehmen abzugebenden Erklärungen) nicht enthalten, **werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, sofern diese auch nach entsprechender Nachforderung innerhalb der hierzu gesetzten Frist nicht oder nicht formgerecht eingereicht werden**.

Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines Deliktes nach § 123 Abs. 1 GWB führt zum Ausschluss des Bewerbers, wenn nicht ein Ausnahmefall des § 123 Abs. 5 GWB gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens der Ausschreibende von der Unzuverlässigkeit des Bewerbers erfährt.

Bewerber, bei denen einer der in § 124 Abs. 1 GWB genannten Fälle vorliegt, können von der Teilnahme ausgeschlossen werden.

## 5. Erklärung zur Geheimhaltung und zum Arbeiten in militärisch genutzten Liegenschaften

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Ergänzung der Vertragsunterlagen bei Bauaufträgen in militärisch genutzten Liegenschaften (FB 247 MIL)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Ergänzung der Vertragsunterlagen bei Aufträgen mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz (FB 247 FbT)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Merkblatt für die Behandlung von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD-Merkblatt)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Verteidigung und Sicherheit** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Verpflichtungserklärung** zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n). Zudem erkläre(n) ich/wir, dass wir im Zuschlagsfalle für das Projekt nur solche Personen einsetzen werden, welche die in der vorbenannten Vergabeunterlage enthaltenen Erklärungen abgegeben haben.

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir davon Kenntnis genommen habe(n), dass Mitarbeiter, die eine (auch doppelte) Staatsangehörigkeit eines Staates der Vergabeunterlage **Staatenliste** besitzen, grundsätzlich nicht für das Projekt tätig sein dürfen, es sei denn, diese bestehen eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (SÜG) in Form einer erweiterten Sicherheitsüberprüfung (sog. *„SÜ 2"* gemäß §§ 7, 9 SÜG). Im Zuschlagsfall versicher(n) ich/wir, dass ich/wir an diese Vorgaben halten werden.

Die Vergabeunterlage **Staatenliste** stellt die derzeit geltende Staatenliste dar.

Die Staatenliste ist Änderungen unterworfen. Die jeweils gültige Staatenliste kann unter folgender Internetadresse abgerufen werden:

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/staatenliste-para-13-anleitung-sicherheitserklaerung.html

☐ Ich/wir erkläre(n) uns dazu bereit, für den Fall, dass dies erforderlich ist und unser späteres (finales) Angebot den Zuschlag erhält, auf Aufforderung des Auftraggebers nur solche Personen für das Projekt einzusetzen, die eine erforderliche Sicherheitsüberprüfung nach dem SÜG absolviert und bestanden haben.

**Hinweise**
Teilnahmeanträge, welche die in dieser Ziff. 5 verlangten Erklärungen (einschließlich der gesondert durch die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe durch die eignungsverleihenden Unternehmen abzugebenden Erklärungen) nicht enthalten, **werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, sofern diese auch nach entsprechender Nachforderung innerhalb der hierzu gesetzten Frist nicht oder nicht formgerecht eingereicht werden**.

## 6. Eignungskriterien (Mindestanforderungen)

### 6.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung § 25 VSVgV i.V.m. § 122 GWB

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in einem Berufs- oder Handelsregister oder in der Handwerksrolle eingetragen sind oder über eine gültige Gewerbeanmeldung verfügen oder auf anderer Weise die erlaubte Berufsausübung zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen nachweisen.
Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nach geltendem Landesrecht berechtigt bin/sind, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden.
Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

## 6.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit § 26 VSVgV i. V. m. § 122 GWB

Mindestjahresumsatz

| | |
|---|---|
| Geforderter durchschnittlicher Mindestumsatz (netto) der letzten drei (3) Kalenderjahre: | EUR 3.500.000,00 |
| Für das Leistungsbild: | Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12) |

Ich/wir habe(n) in den letzten drei (3) Kalenderjahren folgenden jährlichen Umsatz netto mit Leistungen, die mit der zur vergebenden Leistung (o.g. Leistungsbild) vergleichbar sind, erzielt (bei Bewerbergemeinschaften oder einer Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gilt der kumulierte Umsatz aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. des Bewerbers und des eignungsverleihenden Unternehmens):

| **Kalenderjahr** | **Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Umsätze für Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12) netto in EUR** |
|---|---|
| 2025 | EUR |
| 2024 | EUR |
| 2023 | EUR |

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung eine oder mehrere der nachfolgenden Bestätigungen vorlegen:

- entsprechende Bankerklärungen,
- Vorlage von Jahresabschlüssen oder Auszügen aus Jahresabschlüssen,
- eine Erklärung über den Gesamtumsatz und gegebenenfalls über den Umsatz für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand der Ausschreibung ist, höchstens in den letzten drei Kalenderjahren und nur, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

Berufshaftpflichtversicherung

| | |
|---|---|
| Geforderte Deckungssumme: | EUR 3.000.000,00 für Personenschäden<br>EUR 5.000.000,00 für Sach- und Vermögensschäden |

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir über eine Berufshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden verfügen, die mindestens über die geforderten und o.g. Deckungssummen verfügt.
Der Nachweis[3] incl. Angabe über die Höhe der Selbstbeteiligung im Schadensfall ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

### 6.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit § 27 VSVgV i. V. m. § 122 GWB

Angaben zu Beschäftigten (einschl. Inhaber/Geschäftsführung)

| | |
|---|---|
| Geforderte Berufsqualifikation: | Dipl.-Ing./Bachelor/Master (TU/FH) Architekt oder gleichwertig |
| In dem Leistungsbild: | Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12) |
| Geforderte Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Fachkräfte in den letzten drei (3) Kalenderjahren: | 20 Beschäftigte |

Ich/wir habe(n) in den letzten drei (3) Kalenderjahren die folgende Anzahl an Personen mit der geforderten beruflichen Qualifikation im o.g. Leistungsbild beschäftigt (bei Bewerbergemeinschaften oder einer Eignungsleihe für die technische Leistungsfähigkeit die kumulierte Anzahl der Beschäftigten aller

[3] Der Nachweis beinhaltet mindestens das 2-fache der Deckungssumme. Als Nachweis gilt auch die schriftliche Zusage der Versicherung zur Erhöhung der Deckungssumme im Auftragsfall.

Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. des Bewerbers und des/der eignungsverleihenden Unternehmen):

| **Kalenderjahr** | **Anzahl der Beschäftigten im Rahmen der Erbringung von Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 400 nach DIN 276:2018-12)** |
|---|---|
| 2025 | Beschäftigte |
| 2024 | Beschäftigte |
| 2023 | Beschäftigte |

Mindestreferenzen

Es sind zwei Mindestreferenzen vorzulegen, welche die für die jeweils genannte Mindestreferenz nachfolgend aufgeführten Vorgaben erfüllen:

- **Mindestreferenz 1**:
  - Objektart: Industriebau (z. B. Logistikgebäude oder Produktionsgebäude der Industrie oder Werkstatt der Industrie oder vergleichbar) oder vergleichbar
  - Herstellkosten der KG 300, 400 und ggfs. 600: (netto nach DIN 276-1:2018-12 gemäß Kostenberechnung) min. EUR 60.000.000,00
  - Umfang der erbrachten Planungsleistungen: Leistungsphasen 3 und 5 nach HOAI oder vergleichbar
    - 
  - Leistungszeitraum: Fertigstellung der erbrachten Planungsleistungen 30.10.2021 bis Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags

- **Mindestreferenz 2**:
  - Objektart: Industriebau (z. B. Logistikgebäude oder Produktionsgebäude der Industrie oder Werkstatt der Industrie oder vergleichbar)

| | |
|---|---|
| | oder vergleichbar |
| - Herstellkosten der KG 300, 400 und ggfs. 600: (netto nach DIN 276-1:2018-12 gemäß Kostenberechnung) | min. EUR 30.000.000,00 |
| - Umfang der erbrachten Planungsleistungen: | Leistungsphasen 3 und 5 nach HOAI oder vergleichbar |
| - Leistungszeitraum: | Fertigstellung der erbrachten Planungsleistungen 30.10.2021 bis Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags |

Die Erfüllung der durch die Mindestreferenzen geforderten Mindestanforderungen weise(n) ich/wir mit der Selbstauskunft, welche in der vollständig ausgefüllten Vergabeunterlage **Referenzen Teilnahmeantrag** besteht, und meinem/unserem Teilnahmeantrag beiliegt, nach.

☐ Ich/wir erklären, dass die von mir/uns getätigten Angaben in der Vergabeunterlage **Referenzen Teilnahmeantrag** korrekt sind.

**Hinweise zu den Mindestanforderungen**
Teilnahmeanträge, welche die in dieser Ziff. 6. genannten Mindestanforderungen nicht erfüllen (dies gilt auch für beim Fehlen von Angaben), **werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, sofern diese auch nach entsprechender Nachforderung innerhalb der hierzu gesetzten Frist nicht die Mindestanforderungen erfüllen (bzw. sämtliche hierfür erforderlichem Angaben enthalten)**

## 7. Weitere Angaben des Bewerbers

Ausstattung

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir über die notwendigen Geräte und technischen Ausstattungen nach heute üblichen Standards verfüge und die Mitarbeitenden an diesen Geräten und den technischen Ausstattungen in der erforderlichen Tiefe geschult sind

Projektdatenmanagement

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir das vom Auftraggeber noch vorzugebende Projektdatenmanagement (PDM) zum Daten-, Dokumenten- und Planmanagement anwenden.

## 8. Beigefügte Unterlagen (Anlagen) zum Teilnahmeantrag

Meinem/unseren Teilnahmeantrag füge(n) ich/wir die nachfolgenden Unterlagen bei:

☐ Die Vergabeunterlage **Referenzen Teilnahmeantrag**

☐ Die Vergabeunterlage **Bewerbergemeinschaftserklärung** nebst Anlage zur **Bewerbergemeinschaftserklärung** für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft (nur für den Fall, dass es sich bei dem Bewerber um eine Bewerbergemeinschaft handelt)

☐ Die Vergabeunterlage **Eignungsleihe** (nur für den Fall, dass sich der Bewerber im Rahmen der Eignungsliehe eines eignungsverleihenden Unternehmens bedient)

☐ Weitere Unterlagen Anlagen:

- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

## 9. Bestätigung, fortgeschrittene elektronische Signatur / qualifizierte elektronische Signatur

☐ Mir/Uns ist bekannt, dass die oben jeweils getätigten Angaben sowie die o.g. genannten Unterlagen (Bestätigungen/Nachweise) mit dem Teilnahmeantrag vorgelegt werden müssen bzw. auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung der entsprechende Nachweis/Beleg vorgelegt werden muss.

☐ Ich/ Wir bestätige(n) die Richtigkeit der oben gemachten Angaben und werde(n) im Falle einer entsprechenden Einladung am weiteren Verfahren teilnehmen.

☐ Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können

| |
|---|
| , den |

Ort, Datum

| |
|---|
| |

Name des Bewerbers (bei Bewerbergemeinschaften: Name des bevollmächtigten Vertreters/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

| |
|---|
| |

Name der erklärenden natürlichen Person, die zur Abgabe des Teilnahmeantrages und der darin enthaltenen Erklärungen bevollmächtigt ist sowie deren fortgeschrittene elektronische Signatur oder qualifizierte elektronische Signatur.